

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblattverlag

Schiller-Platz 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Vertrag:

„Tagblattverlag“ Nr. 6658-53.

Von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.

Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7195.

Bezugspreis: Vom Verlag bezogen: M. 24.—, durch die Ausgabestellen bezogen: M. 21.—, durch die Lehrer im Hause gebracht M. 17.— monatlich. — Bezugsbedingungen: Neben dem Preis der Ausgabe, die Träger und alle Bekanntheiten. — In Fällen höherer Gewalt, Verweigerung oder Streik haben die Bezugsstellen keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entrichteten Entgelts.



Anzeigenpreis: Ortliche Anzeigen M. 1.—, Finanz- und Wirtschaftsanzeigen M. 7.—, auswärtige Anzeigen M. 7.—, örtliche Werbeflächen M. 12.—, auswärtige Werbeflächen M. 18.— für die einspaltige Kolonelle oder deren Raum. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen entsprechender Nachschlag. — Schluss der Anzeigenannahme für beide Ausgaben: 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgedruckten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblattes: Berlin SW. 61, Blücherstraße 12, Fernsprecher: Amt Moritzplatz 15300.

Mittwoch, 12. Juli 1922.

Abend-Ausgabe.

Nr. 319. + 70. Jahrgang.

Sozialdemokratische Taktik.

Seit der Ermordung Rathenaus ist es das eifrige Bemühen aller aufrichtigen Republikaner gewesen, diejenigen Kräfte zu sammeln und zu verantwortungsvoller Zusammenarbeit zu gewinnen, die guten Willens und bereit sind, die Republik und ihre Organe und Einrichtungen zu schützen und zu sichern. Die Mehrheitssozialdemokratie hat zu diesem Zweck Verhandlungen mit den unabhängigen Sozialisten aufgenommen, die nach ihrer Behauptung das Ziel erreicht haben, daß die Unabhängigen zum Eintritt in die Reichsregierung bereit sind. Die beiden anderen Regierungsparteien, Zentrum und Demokraten, haben genau dasselbe nach rechts hin getan und die Deutsche Volkspartei zur gleichen Bereitschaft des Eintritts in die Regierung gewonnen. Der Unterschied besteht nur darin, daß den Volksparteilern von vornherein öffentlich, klar und bestimmt diejenigen Bedingungen genannt wurden, unter denen allein eine Zusammenarbeit mit ihnen möglich sei, während über die Bedingungen, die die Mehrheitssozialdemokraten den Unabhängigen gestellt haben, noch heute nichts Zuverlässiges bekannt ist. Man wird deshalb den sozialistischen Verhandlungen nicht Unrecht tun, wenn man der Vermutung Ausdruck gibt, daß sie immer noch nicht zu einem festen Abschluß gelangt sind. Um so weniger darf man es den beiden anderen Regierungsparteien verdenken, wenn sie darauf bestehen, zunächst einmal die angeblich getroffenen Vereinbarungen der beiden Linksparteien im Wortlaut kennen zu lernen. Erst dann kann natürlich eine endgültige Stellungnahme des Zentrums und der Demokraten bezüglich der Einbeziehung der Unabhängigen in die Regierungskoalition erfolgen.

Statt sich nun um diese notwendige Klärung zu bemühen, versucht die Mehrheitssozialdemokratie, die beiden anderen Regierungsparteien zu zwingen, ihren offen zutage liegenden Erfolg, die Gewinnung der Deutschen Volkspartei für verantwortliche republikanische Mitarbeit, fallen zu lassen und vorbehaltlos der einseitigen Einbeziehung der Unabhängigen zuzustimmen. Sie will diesen Zwang auf verschiedenen Wegen durchsetzen. Einmal arbeitet sie unermüdt mit Verdächtigungen der Deutschen Volkspartei, die sie aus deren Haltung in der Vergangenheit entnimmt. Wenn man aber das gleiche Verfahren gegenüber den Unabhängigen anwenden wollte, was läme da für ein Sündenregister heraus: Bekenntnis zum Räteystem, zu weitestgehenden Sozialisierungen, Bekämpfung jedes Zusammenarbeitens mit nichtsozialistischen Parteien. Das sind nur einige wenige, willkürlich herausgegriffene Schwurwörter der bisherigen Taktik der Unabhängigen. Und wenn man vor der Verbindung mit der Deutschen Volkspartei durch den Hinweis auf reaktionäre Persönlichkeiten in ihr, wie Becker (Hessen), Stinnes u. a., zu schrecken sucht, dann darf doch wohl auch gefragt werden, ob etwa auf der anderen Seite ein Crispian, der sich öffentlich gerühmt hat, kein Vaterland zu kennen, ein Adoff Hoffmann, den man nicht im einzelnen zu charakterisieren braucht, leichter zu tragen sind. Diese Herabsetzungstaktik kann keinen Eindruck machen, da die Unabhängigen ebenso im Glashaufe sitzen wie die Volksparteiler. Mißtraut man den einen so ist dasselbe auch gegen die anderen am Platze, glaubt man dagegen den Unabhängigen, daß sie wirklich jetzt verbrennen wollen, was sie früher angebetet haben, so verlangt es Recht und Billigkeit, daß man auch den Volksparteilern traut.

Ein anderes Mittel, um Zentrum und Demokraten unter ihren Willen zu zwingen, wendet die Sozialdemokratie mit fortgesetzten Drohungen sofortiger Reichstagsauflösung an. Daß sowohl von vaterländischen, wie von parteitaktischen Gesichtspunkten aus im gegenwärtigen Augenblick Reichstagsauflösung und Neuwahlen ein Unglück wären, darüber sind sich alle Parteien, einschließlich der Mehrheitssozialdemokratie, einig. Wenn sie aber trotz aller ernstlichen Bedenken tatsächlich in diesen gefährlichen Zeiten den Reichstag auflösen und Neuwahlen herbeiführen wollen, so mögen sie die Verantwortung dafür übernehmen. Die anderen Regierungsparteien hätten sicherlich Neuwahlen unter der Parole „Einbeziehung der Unabhängigen in die Reichsregierung“ nicht zu fürchten.

Run versucht die Sozialdemokratie einen neuen Weg, indem sie durch den „Vorwärts“ die republikanische Zuverlässigkeit der Demokraten herabzusetzen versucht und die falsche Behauptung aufstellt, die Demokraten hätten sich „vom Nationalliberalismus magnetisch angezogen“ und hätten sich in panischem Schrecken vor den Unabhängigen in die Arme der Deutschen Volkspartei. Wie kindisch diese Darstellung ist, geht schon daraus hervor, daß die Parteileitung

der Demokraten sich bereits früher öffentlich dahin festgelegt hat, daß sie die Erweiterung der Regierungsbasis durch alle republikanischen Elemente, nicht nur von rechts, sondern auch von links her, einschließlich der Unabhängigen, begrüßen würde. In dieser grundsätzlichen Stellungnahme hält sie bis auf den heutigen Tag fest. Sie kann es um so mehr, als die Erfahrung der letzten Jahre hundertfältig bewiesen hat, daß die gesunden demokratischen Gedanken, die sie vertritt, sich allen Widerständen zum Trotz praktisch dennoch durchsetzen. Die Befreiung der Unabhängigen links und der Deutschen Volkspartei rechts ist der neueste Beweis dafür. Schon bisher waren die Demokraten der Zahl nach die schwächste Partei in der Regierungskoalition. Sie haben deswegen noch niemals auf Selbstständigkeit verzichtet oder irgendwelche Angst vor den anderen stärkeren Regierungsparteien befunden. Es ist also absurd, zu behaupten, daß sie jetzt vor dem Hinzutritt von 71 Unabhängigen „panischen Schrecken“ empfinden und sich in die Arme einer größeren Partei flüchten.

Was der „Vorwärts“ will, ist in Wirklichkeit die Unterwerfung der Demokraten unter die sozialistische Parteiherrschaft. Der ehrliche demokratische Wähler soll nicht das Recht haben, republikanische Mitarbeiter links und rechts zu suchen und heranzuziehen, sondern er soll gezwungen werden, lediglich solche Republikaner anzuerkennen, die die Sozialdemokratie empfiehlt. Damit würde die Demokratische Partei ihre Selbstständigkeit aufgeben und ein Anhängsel der Sozialdemokratie werden. Das lehnt sie selbstverständlich aufs Bestimmteste ab!

Die Verfolgung der Rathenau-Mörder.

Br. Ebsfeld, 12. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Verfolgung der Rathenau-Mörder gestaltet sich infolgedessen, als von Radebusch die Beamten der Berliner Polizei durch Angaben der Bevölkerung auf Spuren geleitet wurden, die sich leider nachträglich als gänzlich irrtümlich herausstellten. Der dadurch entstandene Zeitverlust, sowie die Abspürung der verbleibenden Zeiträume kommt natürlich den verfolgten Mördern zu Gute. Der im Laufe des Nachmittags in der Beobachtung der hiesigen Gegend bekanntgewordene Auszug des Berliner Polizeipräsidenten hat eine Anzahl von Personen veranlaßt, die die Mörder suchen wollen, sich zu melden, doch bedürfen ihre Angaben dringender Nachprüfung. Die anscheinend wichtigste Rechnung kam von einem Volksheldensänger Bartels aus Ebsfeld, der einen Kilometer westlich von Ebsfeld zwei junge Leute mit Fahrrädern gesehen haben will. Der eine von den beiden soll sich nach dem Wege nach Weidenau erkundigt haben. Zur Prüfung dieser Angaben ist der am Nachmittag in Gardelegen eingetroffene Chef der Abteilung I A des Berliner Polizeipräsidenten, sowie weiter nach Ebsfeld geschickt, wo er die in Betracht kommenden Zeugen vernahmen will. Wenn auch die Möglichkeit besteht, daß diese Angaben richtig sind und die Täter bereits flüchtig, als angenommen wurde, weiterkommen sind, so wird einstweilen die Forderung in dem bisherigen engeren Ermittlungsbereich zwischen Radebusch und Gardelegen fortgesetzt.

W. T. B. Berlin, 12. Juli. (Ein Drahtbericht.) Von zentraler Stelle wird mitgeteilt: Die Forderung nach den flüchtigen Mördern Rathenau in Mitteldeutschland hat bisher zu keinem Ergebnis geführt, da kein Radebusch (Regierungsbeirat Maedeburg) eine sichere Spur von den Tätern lieferte. Es ist möglich, daß diese sich noch in der gleichen Gegend verborgen halten. Mit Rücksicht auf verschiedene bei der Polizei eingegangene Meldungen ist aber auch damit zu rechnen, daß die Mörder auf ihren Fahrern bereits ein großes Stück weiter nach Süden gelangt sind und sich jetzt bereits in Richtung Maedeburg-Braunschweig-Darmstadt befinden. Alle Nachrichten über die Flüchtlinge sind bis auf weiteres an die Fahndungsanstalten der Berliner politischen Polizei in Gardelegen zu richten.

W. T. B. Wismar (Mecklenburg), 11. Juli. Im Zusammenhang mit der Verfolgung der Mörder Rathenau sind zwei junge Leute verhaftet worden.

Der Fall Killinger.

Br. Berlin, 12. Juli. (Ein Drahtbericht.) Laut „Vorwärts“ und „Freiheit“ ist der frühere Kapitänleutnant v. Killinger, der vom Berliner Polizeipräsidenten wegen Verdachts der Teilnahme am Rathenau-Mord verhaftet worden war, dem Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofes überwiesen worden. Damit geht der Fall Killinger aus dem Bereich des preussischen Justizministeriums in den des Reichsjustizministeriums über. Ferner wird mitgeteilt, daß v. Killinger, v. Baumgarten, Ehrentraut und Heine vom Untersuchungsrichter wieder auf freien Fuß gesetzt worden sind. Sie sind aber waren zwar Mitglieder des deutsch-völkischen Schutzbundes und der Organisation O, wolle aber vom Anschluß an Rathenau nichts gewußt haben. Die Beteiligung ist ihnen nach Ansicht des Untersuchungsrichters nicht nachgewiesen. Die übrigen bisher dem Untersuchungsrichter überwiesenen wurden mehr oder weniger vorher vom Untersuchungsrichter durch freigegeben, wobei die Hilfestellungen vor oder während der Tat daran beteiligt.

Auflösung des Schutzbundes und Trugbundes in Hessen.

W. T. B. Darmstadt, 11. Juli. Nach einer Bekanntmachung des Ministeriums des Innern wird die im Volksrechtliche Partei bestehende Organisation des deutsch-völkischen Schutzbundes und Trugbundes (Einigung) mit allen Bezirks- und Ortsgruppen auf Grund der §§ 1 und 2 der Verordnung zum Schutze der Republik vom 26. Juni 1922 verboten und aufgelöst.

Die Reparationskommission zur deutschen Krise.

W. T. B. Paris, 12. Juli. Die das „Echo de Paris“ mitteilt, haben die Delegierten Frankreichs, Englands, Italiens und Belgiens gestern eine erste offizielle Aussprache gehabt, im Laufe derer sie ihre Meinung über die Lage Deutschlands ausgetauscht haben. Es ist wahrscheinlich, daß vielleicht schon heute ein offizielles Erlassen um ein Memorandum seitens der deutschen Delegierten formuliert werde. Aber die Reparationskommission werde erst darüber Bescheid wissen, nachdem sie den Bericht des Kontrollausschusses erhalten habe, nämlich kommende Woche.

Der „Petit Parisien“, der diese Nachricht bestätigt, fügt hinzu, andererseits wollten aber die Mitglieder der Reparationskommission, wenn möglich, sofort den weiteren Start der Welt aufhalten. Es sei deshalb wahrscheinlich, daß ohne die Entscheidung, die kommende Woche in der Reparationsfrage erfolge, abzuwarten, die Kommission den Delegierten eine Mitteilung ausgeben lasse, in der sie von den augenblicklichen Schwierigkeiten der deutschen Regierung Kenntnis nähme. Man könne nämlich englischerseits vorschlagen zu haben, die 32 Millionen Goldmark betragende Summe, die am 15. Juli fällig ist, um einige Tage hinauszuschieben. Durch diese provisorische Maßnahme könne der Bank des Marksturzes vorüberwunden werden. Nach dem gleichen Blatt ist man auch wieder auf den Plan einer internationalen Anleihe zurückgekommen, jedoch die Welt sich etwas verbessert habe. Nach dieser Ansicht sei es wahrscheinlich, daß man einen Plan von französischer Seite gütlich aufnehmen habe, wenn ein Mittel gefunden werde, zu gleicher Zeit die Herabsetzung der französischen Schuld bei England und Amerika vorzubereiten. Da die Vereinigten Staaten sich angeschlossen haben, müßte eben die englische Regierung eine Formel vorschlagen, durch welche die Forderung wieder aufgenommen werde, die im Monat Dezember vorigen Jahres in Genève und im März d. J. in Paris von Sir Robert Borne vorgebracht wurde.

W. T. B. Paris, 12. Juli. Das „Petit Journal“ gibt von den seitigen Beratungen der Delegierten der Reparationskommission über die deutsche Finanzlage folgende Darstellung: Sir John Balfour, der dem englischen Kabinett formelle Instruktionen erhalten hat, hat die Annahme eines neuen Memoratoriums vorgeschlagen, das nicht nur die vollständige Ausbezahlung der Goldschulden für zwei und selbst für drei Jahre vorsehe, sondern auch für den gleichen Zeitraum eine wesentliche Herabsetzung der Zahlungen enthalten soll. Es ist kaum nötig, auf den Ernst dieses Vorschlages hinzuweisen. Er versucht die Ausführung des Abkommens von Wiesbaden gerade in dem Augenblick aufzuhalten, in dem das Abkommen endlich verwirklicht werden soll. Frankreich jeder Art von Reparationszahlung bis zum Jahre 1925 zu verweigern, aber die Delegierten von Belgien und Italien haben sich, wie wir zu wissen glauben, mit mehr oder weniger wichtigen Reserven dem englischen Vorschlag angeschlossen. Louis Dubois, der französische Delegierte, fand also allein mit seinem Widerstand und bei hervorgehoben, daß die wirtschaftliche Prosperität im Widerstand steht zu seiner Finanzlage. Er hat nur erstein können, daß keine Entscheidung getroffen wird, bevor der Garantieschluß nach Paris zurückkommt. Am Abend ist diese Lage in einer mehr als einstündigen Unterredung mit Paul D'Orsay zwischen Poincaré, de Lamoignon, Kailsh und Dubois besprochen worden.

Die „Ere Nouvelle“ glaubt bestätigen zu können, daß bei der nächsten Beratung im Reparationsausschuß sich eine Mehrheit gegen Frankreich gebildet habe, um nicht zu lazen, eine Einigung mit gegen Frankreich.

W. T. B. London, 12. Juli. Dem politischen Korrespondenten des „Daily Chronicle“ zufolge, hätten Lloyd George und mehrere seiner Ministerkollegen nach der gestrigen Kabinettsitzung nach Belgraden über die durch die Entwertung der deutschen Mark geschaffene Lage. Die Belgradern dauerten bis in den Abend hinein. Der Kabinettsitzung hat keine besondere Einladung an Poincaré gelangt, keine Adresse zu beschleunigen und es wird auch kein Druck ausübt, denn dies geschieht schon durch die Lage selbst. Wahrscheinlich wird Poincaré mit seiner Adresse warten, bis die Reparationskommission den Bericht des Garantieschusses der am nächsten Samstag erstattet wird, erörtert hat. Doch glaubt man, daß dies nur ein Aufschub von etwa zwei Tagen bedeuten wird. Der Korrespondent läßt weiter aus, nach dem Zusammenbruch der Mark, der nicht auf ein deutsches Mandat, sondern in der Hauptsache auf den Verlust des Vertrauens zu der deutschen Finanzlage zurückzuführen sei, kien die Frage einer geordneten Wende zu bekommen. Wenn Poincaré Einwendungen gegen die Zukommenkunft des Obersten Rates habe, sei dies bedeutungslos; denn der Name tue nichts auf Sache. Es sei nicht unmöglich, daß die Einberufung der Minister der alliierten und assoziierten Mächte erfolgen werde. Selbstverständlich würde in diesem Falle auch eine Einladung an die Vereinigten Staaten ergehen.

Eine Ministerkonferenz in London.

W. T. B. London, 12. Juli. Reuter erzählt aus Regierungskreisen, daß Poincaré in Rücksicht auf die gegenwärtige Lage in Deutschland eingeladen wird, nicht erst Ende dieses Monats zu einer gemeinsamen Ministerkonferenz nach London zu kommen, sondern schon früher. Der Zusammenkunft des britischen und des französischen Premierministers werde eine Konferenz der alliierten Finanzminister und Sachverständigen folgen, auf der auch die deutsche Finanzlage im allgemeinen und die Frage der Anleihen und Obligationen sowie der Möglichkeit eines Notatoriums erörtert werden solle.

Monarchie des Umgestiegeles im Landtag.

Br. Berlin, 12. Juli. (Sta. Drachtbergt.) Der preussische Landtag nahm zu Beginn seiner Dienstag-Sitzung den Gesetzentwurf betr. Änderung des Gesetzes über die landwirthschaftliche Unfallversicherung in allen drei Lesungen an.

Der Entwurf des Schulpflichtgesetzes wurde in der Fassung der zweiten Lesung in dritter Lesung debattiert gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten genehmigt.

Das Haus trat dann in die dritte Lesung des Am-
nestiegesetzes und des Gesetzes zum Schutze der
Republik ein.

Innen-Minister Seeringa beschaffte sich zunächst mit den antirepublikanischen Organisationen, die er keineswegs als harmlos betrachtete. Das Geseh sollte gegen Mörder vorgehen, ob sie rechts, links oder in der Mitte saßen. Auch gegen jeden Beamten, von dem er erfuhr, daß er sich in irgend einer Weise an einer monarchistischen Aktion beteilige, werde er unumschüsslich vorgehen. Überall, wo Versammlungen stattfanden und diese zu Verhaftungen geführt hätten, wären es Angehörige des deutschen Jugendbundes, der Reichspolizeibund oder des Reichsverbandes nationaler Soldaten gewesen. Wenn von der Linken mit denselben Mitteln gegen die Republik gearbeitet würde, so werde er der Rechten den Beweis erbringen, daß sie nicht unter einem Ausnahmegericht gegen Rechte lünde.

Rechts wurde darauf sofort zur Abstimmung, die Straffreiheit für Laten bei den politischen Unruhen im Frühjahr 1921 und bei Schwere des Rano-Büchses und für Straftaten anlässlich der Ermordung Erbergers erab. Die Einbeziehung des Einzelstrafrechts in die Amnestie wurde abgelehnt. In der Gesamtstimmung wurde das Amnestiegesetz mit 285 gegen 59 Stimmen angenommen.

Das Disziplinärarrecht wurde in der Gesamt-
abstimmung mit 263 gegen 90 Stimmen angenommen.
Ein Antrag der Sozialdemokraten auf Entfernung
der Bilder und Büsten der letzten Hohenzollern aus den Schulen und Ämtern wurde mit
den Stimmen der sozialistischen Parteien und der Demo-
kraten angenommen.

Der inzwischen eingegangene Antrag der meisten Parteien auf Erhöhung der Plätsen für die Mitglieder des Landtags auf monatlich 8000 Mark wurde in allen drei Lesungen genehmigt.

Die dritte Lesung des Autonomiegesetzes für Oberösterreich wurde vom Präsidenten Peinert mit einer Ansprache eingeleitet, in der er darauf hinwies, daß der erste Tag gekommen sei, an dem kein fremder Soldat und kein fremder Beamter mehr in Oberösterreich sei. Die Abgeordneten mit Ausnahme der Kommunisten und Unabhängigen hatten sich von ihren Plätzen erhoben.

Nach kurzer Ansprache wurde das Geleß gegen die Stimmen der beiden Linksparteien mit mehr als zweidrittel Mehrheit angenommen.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Präsident Reineri behielt sich vor, die nächste Sitzung auf Mittwoch, den 27. September, einzuberufen.

Das Ende des Buchdruckerstreiks.

Br. Berlin, 12. Juli. (Fig. Drahtbericht.) Der Berliner Buchdruckerstreik, der fast 12 Tage gedauert hat, ist endlich beendet. Es ist wohl der längste Streik in diesem Gewerbe, den wir bisher erlebt haben. Da sich die Gewerkschaften zu dem außergewöhnlichen Schritte entschlossen die Arbeiterpreise erheben zu lassen, kann man sich dem Verdacht nicht enthalten, daß die Versäuerung der Beendigung auch politische Ursachen gehabt hat. Man wollte offenbar in Zeiten, in denen man durch Straßendemonstrationen Einfluß auf die Geheggebung gewinnen wollte, nur die Stimmen der Sozialisten aller Schattierungen zu Worte kommen lassen. Natürlich wurde damit das Gegenteil erreicht, den unheimlichen Gerüchten wurde Glauben geschenkt und Erbitte- rungen geleistet, wofür die bürgerlichen Schichten sich der Dis- kretion der Arbeiter nicht zu beugen gewillt sind. Daß gerade das Fehlen der arbeiter Zeitungen auch auf die Bösens- verhältnisse nicht ohne Einfluß geblieben ist, ist be- kannt. Das ganz unsozialistismahige Steigen des Dollars, das aus der unheimlich inneren sozialen Lage geboren war wurde dadurch verstärkt, daß das Fehlen der Zeitungen die Kernlosigkeit vermehrte. Wenn in den letzten Tagen die Preise aller Lebensmittel um Steiner des Dollars folgten und eine neue Teuerungswelle einsetzte, so können sich die Leid- ertragenden dafür bei den Streikenden bedanken. Damit sind die wirtschaftlichen Schäden aber nicht erschöpft. Auch in der Reichsdrucker wurde der Boden hingeworfen, ob- wohl doch alle Forderungen bewilligt waren. Damit stand die Notenpresse still. Da 3 Milliarden dieses falschen Solida- ritätsakt war, daß 23 Milliarden Zahlungsmittel zur Auszahlung der Löhne fehlten.

Terassen des Franziskanerklosters, wo du um billiges Geld nachmittags und die Stadt mit ihren Lärmen im Abendroth einathmen siehst. Mädchenchen leuchtet das Auser aller: Kiekenböcker und lautes Sonnengold fängt sich in freudiger Kugel. Im Hintergrund aber togen die Zwillingsschirme der Frauenkirche mit ihren lustigen Zwiebeln, Minchoms Wobbenchen; gekrümmte Kräfte. Du heisst sie überall, wo Strahlen eine Stadtpfeife haben. In einem anderen Abend, du durch den Englischen Garten. Die Schwärze der Sternsäulen weicht über ländlicher Baumkrone. Du läßt dich an den Tischen des „Chinesischen Turms“ oder am „Knechtstedenker See“ nieder und holst das beim Beifolgtbender eingehandelte Abendbrot hervor. Die Kellnerin bringt dir Löffel, Fädel und Bier, und — an einem herrlichen Abend in „höflicher deutscher Natur“ hast du allen Docksien und Brenden-Gefächten am Schnippen ge- schlossen.

Sei vernünftig und gütlich, Fremdling, Tu's dem Einheimischen gleich und versichte auf die Aufmachung der Wirtstischmännchens oder Wirtshäuser, die ja du selber beschaffen mußt. Such die Fremden, die der Kundige vorsieht. Du wirst ohnehin genug Geld ausgeben müssen. Denn München ist eine teure, verd... teure Stadt geworden. In der „gemeinen“ Stadt hat die Gemütskur, was den Geldbeutel betrifft, aufgehört. Rasch Saluta drängt, an Saluta hängt doch Alles. Alle Fremden Pensionen haben ihre Jahresmieten an die Luft wecht um Platz für die Preise von 1922 zu schaffen. Bisher freilich ist der erwartete Papierregen ausgefallen. Wenn viele Herrschaften sich gründlich verrecknet haben sollten, wird meines Vaters Altkoch sehr Freude empfinden, die des Lebens reinste Genüsse wird...

Aus Kunst und Leben.

= Kurbau. Im Reutog von Kapallo scheint die freie
Einfuhr von russischen Pianinos, Tängern und Tängertinnen
Sängern und Sängertinnen für Wiesbaden besonders vorge-
sehen zu sein. Immer neue -oßs und -owos tauchen
auf. Am Dienstag erschien im Kurhauskonzert eine echte
moslowinische Reischdanowa, Primadonna der früheren
Großen kaiserlichen Oper in Moskau, in ihrer Begleitung
und zu ihrer Begleitung am Klavier: der Kapellmeister die-
ser Oper N. Golowanoff. Letzterer besetzte sich sofort
als ein Vollwurmherber, sein Spiel besteht durch Vornehm-
heit, Ruhe und Sicherheit; der Anschlag ist kammig und
sartig und nicht selten von orchestralem Glanz - ohne doch
den Gesang zu überhören. Was bei den Vorführungen der
Reischdanowa leicht möglich gewesen wäre. Denn die

Wiesbadener Nachrichten.

57. Kommunallandtag.

In der zweiten öffentlichen Sitzung nahm der Landes-
hauptmann sofort das Wort zur

Beurteilung des Etats
und führte aus: Es ist ein sehr erster Augenblick, in dem
Jahren der Etat vorzulegen wird. Einer derartigen bedroh-
lichen Finanzkrise, wie sie der gegenwärtige Marasmus dar-
stellt, haben wir noch nicht gegenüber gesehen. Spottete
auch bisher schon die Zerrüttung unserer Währung der Auf-
stellung eines festen Haushaltsplans, so wird heute die
Ausstellung eines Haushaltsplans überhaupt zur Illusion. Es
sahm sich nur um ein Ausgabenprogramm der Ver-
schärfung handeln, bei dem die Schätzung der finanziellen
Wirkung ein Sprung ins Dunkle sein muß. Der Gesamt-
aufwand des Bezirksverbands ist gegen das Vor-
jahr von 25,4 auf 48,6 Millionen gestiegen. Von diesem
Posten entfallen nur 8 Prozent auf die freiwilligen Ausgaben.
Im Vordergrund der Ausgabensteigerung stehen die sozialen
Mehraufgaben, einmal die des Landbannerverbands mit
13,7 Mill. Mehrausgaben, sodann die der Fürsorgeerziehung mit
3,5 Millionen. Der Umfang der Ausgaben ist im wesent-
lichen gegen das Vorjahr unverändert. Allerdings ist bei
der größten dieser öffentlichen Lasten, nämlich der Armen-
pflege, die Zahl der Geisteskranken gegen das Vorjahr von
1230 auf 1300 gestiegen und nähert sich mit 1,1 pro Mille
noch dem Ausgang im Krieg wieder dem normalen Verhält-
nissen zur Bevölkerungsszahl, so daß sie 1 1/2 pro Mille beträgt.
Eine besonders schwere Entlastung bringt die Geldent-
wertung der historisch gewordenen Organisation unserer
Fürsorge für Blinde und Taube, für welche je zwei Anstalten
in unserem kleinen Bezirk bestehen. Besondere Erwäh-
nung verdient die im Vorjahr neuhinzugetommene
Krüppelfürsorge, die dem Bezirksverband eine neue
Last aufgebürdet hat. Auch der Jugendberegung sind die
Wirkungen der Geldentwertung sehr drückend, indem der
Zukunft von 2,3 auf 5,9 Millionen gestiegen ist. Nach lan-
gem vergeblichen Bemühen, einen landwirtschaftlichen
Beistand für die Eigenart der Aufgaben der Fürsorge-
erziehung unentbehrlich ist, mit genügenden Räumlichkeiten
zu beschaffen, bietet sich jetzt die Aussicht, die Steinmühle
bei Ober-Erlenbach hierfür zu erlangen. Die besondere Bor-
sorge hierfür entsteht als ihrer wohlwollenden Prüfung
und trübsal raffen Verabschiedung. Bei der Kriegs-
beschädigtenfürsorge ist es gelungen, zu einer ab-
schließenden Organisation zu gelangen. Die Hauptfürsorge-
stelle Wiesbaden tritt sich des Vertrauens aller Bezirks-
stellen, auch in es möglich gewesen, die mit der früheren Hau-
ptfürsorgestelle Frankfurt o. M. bestehenden Differenzen in
einer für beide Teile befriedigenden Weise auszugleichen.
Bei der freiwilligen sozialen Fürsorge handelt es sich in der
Dauersache um die vorbeugende Gesundheitsfürsorge, Sozial-
hygiene. Hier ist die Tätigkeit des Bezirksverbands keine
ausschließende, sondern nur eine anregende, unterstützende und
regelnde. Die Zusammenarbeit mit den Kreisen und mit den
Vollzugsämtern ist in vorer Entfaltung. — Die wich-
tigste gesellschaftliche wirtschaftliche Aufgabe ist der Wachaue.
Die Zeitverhältnisse sind auch hier zur Gefahr für den Vor-
bestand des wert über die Grenzen hinaus anerkannten
Vertrages geworden. Der jetzige Zustand mit dem wohl-
wollenden Schicksal der Verwaltungsweise ist unhaltbar; er macht den
Bestand anerkannter Verwaltungsvorrichtungen unmöglich,
aber die bevorstehende Fahrzeugbeschaffung und die Reform
der Grundsteuer bieten die langangehnte Möglichkeit, den
Wegebau aus seinen inneren wirtschaftlichen Zusammen-
hängen heraus zu manövrieren. Der Orientierung, betr. den
Bau und die Unterhaltung der besetzten Landstrassen
(Gymnasien) im Regierungsbezirk Wiesbaden huld den
gehörigen Voten Ausgleich. Leider wird das Gesetz in die-
sem Rechnungsjahr noch nicht zur Perfektion gelangen
können. Eine weitere große wirtschaftliche Verwaltung ist
die Kassawirtschaft. Sie trägt sich selbst und hat
demnach auf das Etatsergebnis keinen Einfluß. Als
weitere wirtschaftliche Aufgabe haben die Kriegsverhält-
nisse dem Bezirksverband die Zentralförderung der Woh-
nungsfürsorge gebracht. Unter dem Namen: „So-
ziale Heimstätte“ ist Mitte Mai d. J. die Gesellschaft ge-
gründet worden. 53 Gesellschafter haben rund 8,2 Millionen,
darunter der Staat 1,5, die Landesversicherungsanstalt und
die Stadt Frankfurt je 1 Mill., Wiesbaden 300 000 M.,
weitere 15 Stadtgemeinden und 13 Landkreise rund
1 Million gezahlt. Der Bezirksverband ist zusammen
mit der Landesbank mit 3 Millionen beteiligt. Die Gesell-
schaft war bereits erfolgreich bemüht, Holz, Zement, Glas
und Ziegelsteine zu ermäßigten Preisen zu beschaffen. Aus
den 6 Millionen sind dem Distrikt für 14 Wohnhäuser, dem
Bezirksverband für 10 Wohnwohnungen in Herborn und
6 Beamtenwohnungen in Wiesbaden Beistand zur Ver-
fügung gestellt worden. Eine weitgehende Berücksichtigung
des Kreises Biedenkopf steht bevor. Die Tätigkeit leidet

Stimme doch vorzüglich gekulten Koloraturfängerin angehört gerade zu den blühend und äppig entfalteten: ihr bester Vortrag liegt im Piano der Mezzosoprano. Das reichste für die Empfindungen aller des gefangenen Jierats, mit dem die Künstlerin uns überküllte, sehr wohl aus. Wurde das Organ härter angespannt, so machte sich namentlich in den höheren Tönen leicht ein Schatten des Verbrauchs geltend, ein Schwanken in der Intonation bemerkbar. Gern verfiel mir das über die trefflichen Reinheiten und Reize, die den Schmuck der Vorträge bilden: diesen weichen, leicht verlebten Passagen und Fousaden in der Bellinischen „Buritaner“-Arie; diese Aasaden von feinspieligen Trillern und Trillerketten in Donizettis „Lucia“-Arie; diese großartigen Staffage-Figururen in Gounods „Mireille“-Märsen! Sehr zu rühmen auch das kühnende, leichtschwimnende Pianissimo im „Schauspiel“-Konzert, und die besondere Einfühlungskunst in Sini und Charaktere älterer Volksmusik, wie solche aus Krimers Koriatoffs „Orientalischer Romanze“ widerklingt. Die Reichenanowa gab all der Weiden — sei's in italienisch russisch, französisch oder deutsch — dem Bienen — mit richtigem Temperament und ausgezeichneter Virtuosität. Die amnuttig und mohlgestaltete Erscheinung der Künstlerin, in schmackhafter Eleganz, in „Diamanten und Perlen“ strahlend, tat das Ihrige zum Erfolg: die Reichenanowa wurde zum Publikum, namentlich von ihren russischen Landsleuten, sofort mit anhaltendem Applaus beglückt und weiterhin durch Beifall, Hervorrufe und lobende Blumenpenden sehr ehrenvoll ausgezeichnet. Eine Unterbrechung fanden die Hofmasdarbietungen durch die allezeit gern begrüßte Nimmung des Konzertmeisters Herrn R. Bergmann. Sein klangvoller Ton, die langjährige, virtuose Bildung und sein frühes musikalisches Empfinden — machten sich auch in den Werken kleineren Formats, die er uns diesmal hören ließ, aufs annehmendste geltend. Bagmotts „Jambes“, „Präsidium“ und „Allegro“ schlug sofort fröhlich ein; die „Precieuse“ von Couperin — ein wahres Schmuckstück; ein in Herrn Bergmanns Wiederabgabe schon bekanntes, bräutliches Virtuositätsstückchen, aber: Hubens „Requie“, das wohl auch diesmal wieder einen Oktan von Beifall herausbeschören mußte — O. D.

Kleine Chronik.

Bildende Kunst und Musik. Der Geschichtsmaler Ferdinand Koller, früher Präsident der Münchener Akademie und langjähriger Direktor der Akademie der bildenden Künste in Karlsruhe, ist im 80. Lebensjahr in Baden-Baden gestorben.

Ich an die bereits seit August 1919 bestehende Nationalistische Siedlungsgesellschaft für bäuerliche Kolonisationszwecke an, in dem beide Gesellschaften durch Vertretungen verbunden. Ihrem eigentlichen Siedlungszweck hat die Gesellschaft bis jetzt nur zwei Objekte zuzählen können, die Domäne Borsdorf bei Dornbach im Unterelbwerdter Kreis mit 160 Hektar, die aber nur für zwei Bauernwirtschaften nutzbar gemacht werden konnte. Dagegen wird das Gräflich Seimanns-Weitzburgsche Fideikommiss im Kreis Weitzburg von 725 Morgen Ackerland in vollem Maße der Forderung der dortigen bäuerlichen Kleinwirtschaft dienbar gemacht werden können. Die langen und schwierigen Verhandlungen haben vor dem Rückzug

Im Rahmen ihrer Kräfte ist die Bezirksverwaltung auch bestrebt gewesen, die Interessen der Landwirtschaft und damit der Volksernährung zu fördern. Die bedeutsamste Aufgabe, die Wiedemonkisation auf dem Weizenfeld ist trotz großer Widerstände der Hofma näher gebracht. Erschwert wurde in finanzieller Beziehung der Erfolg dadurch, daß der Element zur wirksamen Ausnutzung der Mittel für die Erwerbslosenversicherung leider verpaßt worden ist. Bei den Bauern ist aber monatelang Stimm des Anlasses bestritt und Maßnahmen getrieben, daß die Bauern der Pflege der Weiden sich unterziehen müssen, auch bei der Kontrolle eine hinreichende Mühsamkeit dabei. Im Zusammenhang hiermit ist der große Unwortschaden, von dem Orte im Winterhal von etwa 3 Wochen länger betroffen worden, zu erwähnen. Der Landesausfluß hat ungekürzt für den Unterhalt des deshalb 220 000 M. und für den Abzug 80 000 M. als erste Hilfe zur Verfügung gestellt. Der im Kongress zerrüttete Versuch diente der zum Beschluß erhabene Antrag Trotz (Hager) bei der vorigen Tagung. Zu den damals bewilligten Mitteln von 200 000 Mark hat die Landwirtschaftskammer und der Viehhandelsverband den gleichen Betrag hinzugefügt, so daß jetzt 600 000 M. für Prämienverteilung an erfolgreiche Züchter Verwendung finden können. Um die landwirtschaftlichen Winterkulturen zu fördern, sind von der Bezirksverwaltung die Beiträge von 31 000 M. besser auf 165 000 M. erhöht worden. Von den allgemeinen wirtschaftlichen Aufgaben muß dem Kleinbauern für das Fortbestehen des Bezirks eine hohe Bedeutung zukommen werden. Das Bild ist infolge Mangel der Zeitverhältnisse sehr einseitig. Neuen Projekten, so sehr diese zur Hebung des Wirtschaftslebens beitragen, kann man nicht näher treten. Ein wichtiger Gegenstand der bezirksverbandlichen Wirtschaftspolitik muß es auch sein, die Elektrifizierung unter gemeinnützigem Einfluß zu bringen. Hier freilich steht im Vordergrund die Anschaffung der Lahnabstriche. Die Hoffnung besteht darüber in diesem Jahre in einer definitiven Lösung, dem Kommunalhaushalt Vorlage zu machen. Der Landesausfluß hat sich nach dem Vorgebrachten im Rahmen des sozialwirtschaftlich unbedingten Gebotenen gehalten. Die gemachten Ausgabenerforderungen sind lediglich eine Folge der Geldentwertung. Für 1922 beträgt der Zukunftsbedarf, wie bereits gesagt, 48,8 Millionen, wovon 81 Prozent auf soziale Pflichtaufgaben mit Hauptvermögen 7 Prozent auf Wohnung, 2 Prozent auf Sachbau, 7 Prozent auf fremdländ. Leistung und 3 Prozent auf Sanierung entfallen. Daraus kommt das beschlossene zu bedauernde Defizit von 1920 mit 3,75 Millionen und 900 000 M. laufenden Konfessionszinsen der Landesbank. Der gesamte Finanzbedarf von 53,2 Millionen soll gedeckt werden mit 1 Million aus Überschüssen der Landesbank, mit 2,2 Millionen aus der garantierten Abrechnung von Reichsdomänen und 49,9 Millionen Bezirksabgaben. Schöne nur auf Realsteuern ausgerechnet, beträgt 193,5 Prozent gegen 94 Prozent im Vorjahr. Hiermit bleibt der Bezirksverband hinter dem Durchschnitt der anderen Provinzen von rund 300 Prozent wesentlich zurück. Es sind trotzdem große Opfer, die die Einwohner des Bezirksverbandes zu tragen haben werden, die aber getragen werden müssen im Bewußtsein der Notwendigkeit und im Glauben an die unbegrenzte Kraft des deutschen Gemeinheitsgeistes, der den entscheidenden Kern der Selbstverwaltung bildet und in der Zuversicht, daß es diesen Geist gelingen wird, uns aus dem gegenwärtigen Elend herauszuführen. (Lebhafte Zustimmung auf allen Banken des Hauses.)

In der am 1. d. M. anstehenden Generaldebatte besprachen die Abgeordneten Zimmermann (D. B.), Schaeffgen-Hochheim (Z.), Rumpf-Frankfurt (D. B.), Reimann-Frankfurt (D. B.), Trumpler-Frankfurt (Dem.), Fick-Saffig (L. S. B.) und Long-Frankfurt (Rom.) zunächst in einmüthiger Weise die allgemeine politische Lage, wobei die Anschuldigungen des Abg. Schaeffgen auf Karlen übergehend der Prüfen hingen. Die Abgeordneten unterzogen sodann die einzelnen Etatsanträge einer Kritik. Gegen 5 Uhr wurde die Debatte geschlossen — Abg. Schaeffgen-Frankfurt, Abg. (S. B.) rügte, daß der Abg. Schaeffgen (Z.), als Vertreter einer Koalitionsparthei in keinen Ausschüssen zur allgemeinen Lag. Theilnahm. Die Reichstagsmitglieder bekräftigten, und es fragte sich, ob diese in einer solchen Koalition bleiben sollten in der Uneinigkeit und Zwietracht, welche herrsche. Der Vorlesende bemerkte ferner, die Rede Schaeffgens sei nicht von solcher Bedeutung gewesen, die Koalition im Reich zu erschüttern. — Hierauf verlegte sich das Haus auf Donnerstag

— Sondervollmachten für den Wiesbadener Kreisdele-
gierten der Interalliierten Rheinlandkommission. Die In-
teralliierte Rheinlandkommission hat, wie aus Koblenz be-
richtet wird, dem Reichskommissar für die besetzten rhein-
ischen Gebiete mitgeteilt, daß sie vom 5. Juli 1922 ab auf die
Dauer von einem Monat ihrem Kreisdelegierten in
Wiesbaden die Sondervollmachten übertra-
gen hat, welche in ihrer Verordnung 12 vorgesehen sind,
d. h. die Ermächtigung erteilt hat, unter Androhung der
bei Zuwiderhandlung gegen die Verordnungen der Rhein-
landkommission vorgesehenen Strafen alle Sitzungen
oder Rundungen zu untersagen, welche die
Sicherheit der Besatzungstruppen zu gefährden geeignet sind,
zu den Aufenthalt auf den Straßen während der Nachtzeit
zu verbieten.

— Handwerkerforderungen und Bankkredit. Mit Rücksicht auf die fortgeschrittene Sieigerung der Materialpreise und Arbeitslöhne empfiehlt der Handwerkskammerpräsident den Handwerkern dringend bei Übernahme von Aufträgen eine entsprechende Anschlagung zu fordern, weil sie sonst aus dem Erlös früherer Aufträge den neuen Auftrags schmerzlich werden auszuholen konnten. Es kommt hinzu, daß der Bankkredit recht teuer ist und in nächster Zeit sich noch erheblich verteuern wird. Da wo Bankkredit erforderlich ist, empfiehlt die Kammer, mit dem betreffenden Bankinstitut wegen erleichteter Kreditgewährung zu verhandeln und sich dabei auf ein zweibezugsfähiges Rundschreiben der Kammer vom 6. Juni zu berufen. Letzteres tritt für die erleichterte Kreditgewährung an die Handwerker ein, weil sie aus den vorerwähnten Gründen mehr denn je auf Bankkredit angewiesen sein werden.

Verkehrsplanänderung. Vom Samstag, den 15. Juli, ab fährt Nr. 771 (Frankfurt a. M.-Kassel) zur Aufnahme der Anschläge an D 44 von Berlin und Vis. 969 von Mannheim 16 Minuten später von Frankfurt a. M. (Hauptbahnhof) ab; Frankfurt a. M. (Hauptbahnhof) ab 11.44 nachm., Biber-Rod an 12.18, ab 12.17 Friedberg an 12.50, ab 12.51 Bad Nauheim an 12.58, ab 12.59, Fustach an 1.17, ab 1.18 Wesen an 1.47, ab 1.55, Lollar an 2.05, ab 2.06 nachm. und weiter wie bisher. Die Zugkosten auf den übrigen Völkernationen sind auf den Reichsbahn zu tragen.

* **Berlin**, 12. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der **Dollar** notierte heute **462.—** Mark, der **Franken** **37.30** Mark, der **Gulden** **130.—** Mark.

